

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Jahresfeier und Immatrikulation der neueingetretenen Studierenden am 1. Dezember 1934

Kluge, Hans

Karlsruhe, 1934

Bericht und Rede des Rektors und Professors Hans Kluge

[urn:nbn:de:bsz:31-139752](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-139752)

Bericht und Rede des Rektors und o. Professors Hans Kluge

Herr Minister!

Berehrte Gäste!

Liebe Kameraden!

Wir haben uns heute hier versammelt, um den Vertretern der Staatsregierung und der Partei, der Stadt, der Behörden sowie allen Freunden der Fridericiana ein Bild über das Wirken und Arbeiten unserer Hochschule im vergangenen Studienjahr zu geben, zugleich, um unsere neuen Studienkameraden feierlich in unsere Gemeinschaft aufzunehmen, und schließlich, um an einem aus der Fülle herausgenommenen Teilgebiet Aufgaben der Technik und der Hochschulen im neuen Reich aufzuzeigen.

Ich begrüße insbesondere Herrn Minister Dr. Wacker; ich danke Ihnen für Ihr Erscheinen, durch das Sie die Anteilnahme der Badischen Staatsregierung für die Technische Hochschule zum Ausdruck bringen. Ich spreche Ihnen, Herr Minister Dr. Wacker, und Ihnen, Herr Ministerialrat Professor Dr. Fehrle als dem Betreuer unserer Hochschule, unseren Dank für die Fürsorge aus, die Sie uns im vergangenen Jahr in Erkenntnis der Bedeutung der Technischen Lehre und Forschung im neuen Reich haben zuteil werden lassen. Ich tue das um so aufrichtiger, als ich weiß, daß die Rücksicht auf die Staatsfinanzen Ihnen manche Beschränkung auferlegte, der Sie sich selbst nur ungern unterwarfen. Ich richte die Bitte an Sie, bei der dank der nationalsozialistischen Staatsführung im Aufstieg begriffenen Wirtschaft in der kommenden Zeit der Fridericiana als der Vertreterin der technischen Wissenschaft in der Südwestmark des Reiches ganz besonders zu gedenken.

Ich begrüße Herrn Oberbürgermeister Jäger der Stadt Karlsruhe und ich danke ihm, daß er unserer Hochschule sein besonderes Augenmerk zugewendet hat. Ich freue mich, daß der mit Hilfe der Stadt erfolgte Ausbau unserer Kampfbahn zu einer Stätte für große

nationale Kundgebungen nicht nur das Bild unserer Hochschule ver-
schönert und ihre Auswirkungen vergrößert, sondern auch unsere
Beziehungen zur Stadt enger gestaltet hat.

Ich begrüße ferner die Rektoren der beiden Landesuniversitäten,
Magnifizenz Professor Dr. Groh und Magnifizenz Professor Dr. Kern.
Ich freue mich, daß die Gemeinsamkeit der an den drei Landeshoch-
schulen zu erfüllenden Aufgaben im letzten Jahre durch Besprechungen
ihrer Rektoren mehrfach zum Ausdruck gekommen ist.

Ich heiße ferner die Führer der nationalsozialistischen Organisa-
tionen und die Spitzen der Behörden sowie alle übrigen Gäste auf
das herzlichste willkommen. Ganz besonders begrüße ich unsere auch
heute wieder herbeigeeilten Ehrendoktoren, Ehrenbürger und Ehren-
senatoren, an ihrer Spitze den Vorsitzenden unserer Hochschulver-
einigung, Herrn Generaldirektor Dr. Bielmetter, sowie Herrn Ge-
heimrat Dr. von Petri, die unserer Hochschule immer in ganz beson-
derer Freundschaft ergeben waren.

Ich begrüße alle Angehörigen der Fridericiana, Professoren,
Privatdozenten, Assistenten und Studenten mit dem Wunsche, daß
es uns gelingen möge, der großen Überlieferung unserer Hochschule
ebenso wie den Forderungen des neuen Reiches gerecht zu werden.

Ich begrüße schließlich unsere Beamten, Angestellten und Arbeiter,
denen ich für ihre im letzten Studienjahr geleistete fleißige Mitarbeit
an den Aufgaben der Hochschule meine Anerkennung ausspreche.

An erster Stelle des nun von mir zu erstattenden Jahresberichtes
gedenke ich der Toten.

Am 2. August schloß Generalfeldmarschall und Reichspräsident
von Hindenburg für immer die Augen, mit denen er in Treue in
schwerer Zeit über sein Volk gewacht hat. Er wird im Herzen des
deutschen Volkes fortleben nicht nur als der gewaltige Feldherr,
sondern auch als der sorgende Vater des Vaterlandes, dessen letzte
Tat es war, die Führung des Reiches in die Hände Adolf Hitlers
zu legen. Als ein bescheidenes Zeichen ihres Dankes und ihrer Liebe
haben ihn alle deutschen Hochschulen damals, als er Sieg um Sieg
an seine Fahnen heftete und den Feind von Deutschlands Grenzen
fernhielt, zu ihrem Ehrendoktor ernannt. Mögen Opfer Sinn und
Treue dieses großen Mannes immer ein leuchtendes Vorbild für uns
und ganz besonders für die heranwachsende Jugend sein!

Besonders schmerzlich war uns der Tod des emeritierten Pro-

fessors und Geheimen Rates Ernst A. Brauer, Ehrendoktors der Technischen Hochschulen Darmstadt und Karlsruhe. Er wirkte fast 30 Jahre lang als überaus erfolgreicher Lehrer und Forscher und würdiger Nachfolger von Redtenbacher und Grashof an unserer Friedericiana, der er 1899/1900 auch als Rektor vorstand.

Es starben ferner
unsere Ehrendoktoren:

Robert Boweri, Direktor der Brown Boweri & Co. A.-G., Mannheim

Dr. phil. Max Buchner in Mehle, Geschäftsführer der Ringgesellschaft chemischer Unternehmungen, Berlin

Dr. Fritz Haber, Direktor des Kaiser-Wilhelm-Institutes für phys. Chemie und Elektrochemie, Berlin-Dahlem

Karl D. Hartmann, Professor in Heidelberg,

unsere Ehrenbürger:

Geheimer Baurat Dr.-Ing. e. h. Max Carstanjen, Wiesbaden-Biebrich, ehemals Direktor der M.A.N. in Gustavsburg

Professor Dr.-Ing. e. h. Lepsius, Berlin-Lichterfelde,

Hans Nibel, Dipl.-Ing., Direktor der Daimler-Benz-A.-G., Stuttgart-Untertürkheim,

unsere Ehrensenatoren:

Kommerzienrat Dr. h. c. Straus, Karlsruhe

Jean Wolfferts, Ingenieur in Düsseldorf.

Auch vor der Jugend machte der Tod nicht Halt und entriß uns

in blühendem Alter die Studierenden:

Helmut Breucker aus Hamburg

Hans Meier aus Pforzheim

Karl Müller aus Kusel.

Wie immer an diesem Tage gedenken wir mit den eben genannten Toten auch unserer im großen Krieg gefallenen Professoren und Studenten. Wir danken ihnen und ihren vielen toten Kameraden ebenso wie den gefallenen braunen Kämpfern Adolf Hitlers für die Treue, mit der sie ihr Leben hergaben und damit das Fundament des neuen Reiches legten, das sie selbst nicht mehr erlebten.

Sie haben sich zu Ehren der Toten von Ihren Sitzen erhoben, ich danke Ihnen dafür.

Von denen aber, die im Kampf für uns starben, gehen unsere Gedanken zu denen, die heute um ihr Deutschtum kämpfen. Unsere Herzen schlagen für unsere Brüder und Schwestern an der Saar und schlagen für unsere Kameraden an der Prager Universität, die wieder einmal ihre angestammten Rechte gegen tschechische Willkür verteidigen müssen. Die Universität Berlin veranstaltet heute eine Trauerkundgebung wegen der Prager Vorgänge; alle deutschen Hochschulen lauschen in dieser Stunde der Übertragung durch den Deutschlandsender und protestieren einmütig gegen die erfolgte unerhörte Vergewaltigung. Wenn wir auch die Berliner Kundgebung wegen unserer Jahresfeier nicht mithören können, so sind wir doch mit ganzem Herzen dabei. Mögen die Kameraden in Prag ebenso wie die Volksgenossen an der Saar Zuversicht und Mut aus dem Bewußtsein schöpfen, daß das ganze deutsche Volk einmütig zu ihnen steht.

Die Hochschule hat im Berichtsjahr zahlreiche Änderungen im Lehrkörper erfahren:

Von ihren Dienstpflichten wurden auf eigenes Ansuchen enthoben:
der a. o. Professor der Silikathüttenkunde Dr. E. Zschimmer
der o. Professor der Elektrotechnik und Lichttechnik Dr. Joachim Reichmüller.

In den Ruhestand wurde versetzt:
der o. Professor der Physik Dr. Wolfgang Gaede.

Einen ehrenvollen Ruf haben die folgenden Mitglieder unseres Lehrkörpers erhalten und angenommen:

Professor Dr. Abbelohde als o. Professor für technische Chemie und Direktor des techn.-chem. Instituts der Technischen Hochschule Berlin

Professor Dr. Wehrle als o. Professor der Staatswissenschaft der Universität Marburg.

Ich danke diesen aus unserem Kreise ausgeschiedenen Kollegen auf das herzlichste für ihre unserer Hochschule geleisteten Dienste und wünsche ihnen in ihren neuen Wirkungskreisen, soweit sie solche übernommen haben, eine erfolgreiche Tätigkeit.

- An die Fridericiana wurden als Professoren berufen:
- auf den Lehrstuhl für Grundlagen der Ingenieurkonstruktion, des Erdbaus, Tunnelbaus und Baubetriebs Dipl.-Ing. Richard Schaffhauser, bis dahin Oberingenieur der Wapf & Freitag A.=G. in Buenos-Aires
- auf den Lehrstuhl für Eisenbeton Dr.-Ing. Karl Rammüller, bis dahin a. o. Professor und Privatdozent unserer Hochschule
- auf den Lehrstuhl für Wasserwirtschaft und Bodenkultur Dr.-Ing. Heinrich Wittmann, bis dahin Regierungsbaurat in Berlin
- auf den Lehrstuhl für Straßen- und Eisenbahnwesen Dr.-Ing. Friedrich Raab, bis dahin a. o. Professor und Privatdozent unserer Hochschule
- auf den Lehrstuhl für physikalische Chemie und Elektrochemie Dr. Ludwig Ebert, bis dahin a. o. Professor der Universität Würzburg
- auf den Lehrstuhl für chemische Technik Dr.-Ing. Friedr. Aug. Henglein, bis dahin Vorstand des anorganischen wissenschaftlichen Laboratoriums der J. G. Farbenindustrie in Leverkusen
- auf den Lehrstuhl für technische Mechanik Dr.-Ing. Friedrich Tölke, bis dahin Privatdozent unserer Hochschule
- auf den Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre Dr. Albert von Mühlensfels, bis dahin Professor an der Handelshochschule in St. Gallen
- auf den Lehrstuhl für Lichttechnik und zum Direktor des Lichttechn. Instituts Dr.-Ing. Rudolf Weigel, bis dahin Privatdozent unserer Hochschule
- auf den Lehrstuhl für Wärmekraftmaschinen Dipl.-Ing. Otto Kraemer, bis dahin Oberingenieur der Varied-Tankschiff-Reederei in Hamburg.

Habilitiert haben sich:

- an der allgem. Abteilung Dr. Alfons Bühl, dem zugleich die Leitung des physikalischen Instituts übertragen wurde
- an der Abteilung für Bauingenieurwesen
Dr.-Ing. Hermann Hoeffgen
Dr.-Ing. Alfred Mehmel,
- an der Abteilung für Chemie Dr.-Ing. Ludwig Reichel.

Ich begrüße diese Kollegen auf das herzlichste und wünsche ihnen, daß sie sich bei erfolgreicher Arbeit an unserer Hochschule wohl fühlen mögen. Ich gebe zugleich meiner Freude Ausdruck, daß die zu Beginn des Berichtsjahres in unserem Lehrkörper vorhandenen zahlreichen Lücken durch die angeführten Neuberufungen in der glücklichsten Weise geschlossen wurden. Es drängt mich, dem Ministerium dafür den Dank der Hochschule auszusprechen.

Den planmäßigen a. o. Professoren Karl Bunte und Freiherrn Teuffel von Birkensee wurden die akademischen Rechte und die Amtsbezeichnung eines o. Professors verliehen.

Der Privatdozent Professor Dr.-Ing. Rirschbaum wurde zum planmäßigen a. o. Professor des Apparatebaus ernannt.

Die Amtsbezeichnung a. o. Professor wurde für die Dauer ihrer Zugehörigkeit zur Fridericiana verliehen:

den Privatdozenten Dr. Wilhelm Schwarz und Dr.-Ing. Ludwig Zipperer.

Zum Honorarprofessor wurde ernannt Generaloberarzt a. D. Dr. Hans v. Pezold.

Im vergangenen Studienjahr wurden an Studierende für hervorragende Leistungen die folgenden Auszeichnungen verliehen:

von der Abteilung für Architektur eine silberne Medaille an die Studierenden

Adolf Baier aus Würzburg und

Armin Neumann aus Ludwigshafen,

von der Abteilung für Maschinenwesen und Elektrotechnik die Redtenbacher-Plakette an

Dipl.-Ing. Runo Dreyer aus Kiel,

das Werner-von-Siemens-Bild der Siemens-Ring-Stiftung an

Dipl.-Ing. Kurt Schmidt aus Pinneberg

Dipl.-Ing. Max Geiger aus Basel.

Ich spreche diesen Kameraden zu ihren Erfolgen den besten Glückwunsch aus.

Die Durchführung der Erziehung unserer Studenten im nationalsozialistischen Sinn hat naturgemäß zu einigen Schwierigkeiten, die vor allem in der zeitlichen Überlastung der Studenten zu suchen sind,

geführt. Um diese in erträglichen Grenzen zu halten, haben wir von diesem Semester ab die wissenschaftliche Ausbildung auf die ersten 4½ Tage der Woche zusammengedrängt, was dank der schon vor einigen Jahren erfolgten Kürzung der Stundenzahlen der Pflichtprüfungsfächer ohne großen Zwang möglich war; der Freitag nachmittag wird der politischen Schulung, der Samstag der körperlichen Ausbildung und dem Dienst in der S.A. und S.S. vorbehalten.

Ich freue mich berichten zu können, daß wir dank der Hilfe des Kultusministeriums, des Finanzministeriums, des Studentenwerks und einer großen Zahl von Freunden unserer Hochschule in der Lage waren, ein Kameradschaftshaus für etwa 50—60 Studenten unter bauliche Beratung von Herrn Professor Dr. Caesar in einem Teil des in unmittelbarer Nachbarschaft unseres Hochschulgeländes am Rand des Hardtwaldes gelegenen Fasanenschlößchens einzurichten. Die feierliche Einweihung fand in Gegenwart des Herrn Reichshalters und des Führers der deutschen Studentenschaft statt. Außerdem haben die Karlsruher Korporationen in ihren Häusern Kameradschaftswohnungen eingerichtet, so daß in dieser Hinsicht alle Vorbedingungen für die erfolgreiche Durchführung der Kameradschaftserziehung geschaffen wurden. Ich begrüße, daß die Kameradschaftserziehung durch die neueren Bestimmungen der zuständigen Reichsbehörden auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit durchzuführen sein wird; besonders aber freut es mich, daß die Korporationen auch weiterhin berufen sind, ihre Erziehungsarbeit an deutschen Studenten zu leisten. Die Korporationen sind seit je nicht nur die Träger des nationalen Gedankens an den Hochschulen, sondern auch der gesamten studentischen Arbeit gewesen. Die Korporationen der Fridericiana haben auch im letzten, für sie nicht immer ganz leichten Jahr ihre Pflicht gegen Hochschule und Vaterland erfüllt. Ich zweifle nicht, daß das auch fernerhin der Fall sein wird, und ich wünsche ihnen deshalb alles Gute für die Zukunft.

Die Führung der Studentenschaft liegt seit dem vorigen Wintersemester in den Händen von Dipl.-Ing. Wittmann, mit dem ich alle Angelegenheiten der Studentenschaft in freundschaftlichem und ungetrübtem Zusammenwirken behandelt habe.

Entsprechend dem Vorgehen der anderen deutschen Hochschulen wurde auch an der Fridericiana eine staatlich anerkannte Standes-

vereinigung aller nichtbeamteten a. o. Professoren, Privatdozenten und Assistenten geschaffen; sie trägt den Namen „Junglehrerschaft“ und steht unter Führung von Dr. Nestle. Die Angestellten und Arbeiter der Hochschule sind in der Betriebszelle der Arbeitsfront unter Führung von Dr. Emmerich zusammengefaßt. Die Leitung der akademischen Auslandsstelle, die in Rücksicht auf die freundschaftliche Betreuung der ausländischen Studenten und ihre Einführung in den deutschen Kultur- und Geisteskreis Aufgaben von erheblicher Bedeutung zu lösen hat, hat Privatdozent Dr. Pohlend übernommen.

Ich danke allen diesen meinen Mitarbeitern auf das herzlichste für ihre Unterstützung; ganz besonders drängt es mich, dem Kanzler und dem Vizekanzler der Hochschule, Professor Dr. Caesar und Professor Dr. Weigel, sowie den Abteilungsleitern meinen Dank für ihre Beratung und Mitarbeit bei den vielfältigen von uns zu lösenden Aufgaben auszusprechen. Wir können mit Befriedigung feststellen, daß der Betrieb unserer Hochschule durch unser von bestem Willen getragenes Zusammenarbeiten von allen unliebsamen Störungen frei blieb, die doch leicht bei so grundsätzlichen Neugestaltungen, wie sie im Berichtsjahr durchgeführt wurden, entstehen können.

Ich spreche schließlich der Verwaltung der Hochschule, an ihrer Spitze Herrn Oberrechnungsrat Debold, meine besondere Anerkennung für die geleistete umfangreiche Arbeit, die oft mit zahlenmäßig nicht ausreichendem Personal durchgeführt werden mußte, aus.

In Rücksicht auf die mir zur Verfügung stehende Zeit ist es mir leider nicht möglich, über weitere Einzelheiten aus dem umfangreichen Betrieb der Hochschule zu berichten, wie über Erteilung und Erlöschen von Lehraufträgen, das Ergebnis der Prüfungen, den Sportbetrieb, über Ernennungen, Ehrungen, Jubiläen, festliche und politische Veranstaltungen, Gast-Vorträge, Schulungslager, Exkursionen, Verleihung von Stipendien und Honorarnachlaß, über die umfangreiche soziale Fürsorge, die Tätigkeit der Hochschulvereinigung und vieles andere mehr. Ich verweise dieserhalb auf die Chronik, welche dem gedruckten Jahresbericht beigelegt werden wird.

Ich fühle mich aber verpflichtet, im Rahmen dieses Jahresberichtes eine Frage anzuschneiden, die von größter Bedeutung für die Stellung des deutschen Volkes in der Technik und damit im ganzen Weltgeschehen ist, nämlich, ob die technischen Hochschulen bei dem ein-

getretenen starken ziffernmäßigen Rückgang der Studenten in der Lage sein werden, der deutschen Industrie, den Verkehrsunternehmungen, den Lehr- und Forschungsstätten und der Landesverteidigung den erforderlichen Nachwuchs an akademisch ausgebildeten Ingenieuren zur Verfügung zu stellen.

Ich beantworte diese Frage mit einem klaren „Nein!“ Meine Begründung ist die folgende:

Schon im abgelaufenen Studienjahr hat der Neuzugang an Studenten zu den technischen Hochschulen den der letzten Friedensjahre 1912/13 und 1913/14 erheblich unterschritten; im laufenden Studienjahr dürfte er nicht viel mehr als die Hälfte der letzten Jahre der Vorkriegszeit betragen, da wir, wie sich im laufenden Wintersemester schon deutlich zeigt, mit einem weiteren Rückgang rechnen müssen, und zwar

1. wegen der zwangsmäßigen Beschränkung des Zuganges zu den Hochschulen, und
2. wegen der zweifellos wachsenden Abneigung der Jugend gegen ein akademisches Studium, wobei anscheinend das der Technik besonders gemieden wird, nicht nur weil die wissenschaftlichen Anforderungen desselben sehr hoch sein müssen, sondern auch weil die Doppelforderung der praktischen Arbeitszeit und des Arbeitsdienstes ein erhebliches Opfer an Zeit und Geld bedingt.

Demgegenüber kann aber gar kein Zweifel bestehen, daß der Bedarf an Diplomingenieuren in den kommenden Jahren mindestens so groß wie vor dem Kriege, wahrscheinlich aber erheblich größer sein wird; denn

1. hat der Führer eine Reihe von technischen Aufgaben von ganz ungewöhnlichem Ausmaß in Angriff nehmen lassen, wie z. B. die Reichsautobahnen, Siedlungen, Bodenverbesserungen, Landgewinnung, wobei zu beachten ist, daß nicht nur zu ihrer unmittelbaren Durchführung, sondern auch zur Schaffung der erforderlichen technischen Hilfsmittel umfangreiche Ingenieurarbeit geleistet werden muß;
2. ist die Aufgabe der Rohstoffbeschaffung zu lösen;

3. können wir heute nur exportieren, wenn wir in der technischen Entwicklung anderen Ländern immer um eine gewisse Wegstrecke voraus sind und technische Erzeugnisse auf den Markt bringen, die anderswo noch nicht oder wenigstens nicht in gleicher Vollkommenheit hergestellt werden; demgemäß besteht für Erzeugnisse, die auch im Ausland in gleicher Güte angefertigt werden können, wegen der Zollschranken und des hohen Standes der deutschen Mark keine Ausfuhrmöglichkeit;
4. werden heute Ingenieure in immer steigendem Maße auf Gebieten benötigt, auf denen sie früher kein Betätigungsfeld fanden, wie bei der Beratung des Handwerks und der Landwirtschaft, bei den Verkehrsunternehmungen, bei der Landesverteidigung und an vielen anderen Stellen;
5. wird das zahlenmäßige Verhältnis der in der Technik beschäftigten Geistesarbeiter zu den Handarbeitern ein immer größeres werden, da der technische Fortschritt nicht nur ganz allgemein, sondern insbesondere von uns Deutschen, die wir an der Spitze marschieren müssen, immer mehr Geistesarbeit im Vergleich zur Handarbeit fordert.

Ich glaube, daß diese Aufzählung, die ich noch fortsetzen könnte, genügen wird, um das vorher ausgesprochene „Nein“ zu begründen. Das heißt aber mit anderen Worten, daß wir weder in der Lage sein werden, die Führung der technischen Entwicklung vor den anderen Nationen zu erringen und festzuhalten, noch die großen uns vom Führer gestellten Aufgaben einwandfrei und termingemäß zu lösen. Beides wird einer schweren Schädigung, ja unter Umständen einer Katastrophe von Volk und Wirtschaft gleichkommen.

Ich bin deshalb der Ansicht, daß die Zukunft des deutschen Volkes nicht nur gebieterisch eine den höchsten Anforderungen genügende Ausstattung der technischen Hochschulen mit Lehr- und Forschungsmitteln verlangt, sondern daß auch jede Beschränkung des Zuganges von Abiturienten, die ihre Reifeprüfung bestanden haben, zu den technischen Hochschulen aufgehoben werden muß. Ja ich kann mich der Befürchtung nicht ganz verschließen, daß selbst dann der Bedarf nicht gedeckt werden kann, wenn die Zulassungsbeschränkung gefallen ist; und zwar wegen des sich in den kommenden Jahren auswirkenden starken Geburtenrückganges während des Krieges. Ich weise in diesem

Zusammenhang besonders auch noch darauf hin, daß die Industrie und die anderen Arbeitgeber die Möglichkeit der Auswahl unter ihren Ingenieuren haben müssen, weil eine erhebliche Zahl der Hochschulabsolventen sich später den im Beruf zu stellenden hohen Anforderungen nicht gewachsen zeigen oder sich nur für bestimmte beschränkte Aufgaben eignen wird. Gewiß kann und soll schon die Mittelschule und insbesondere die Hochschule durch Nichtbestehenlassen der Prüfungen eine Auswahl vornehmen, die letzte Sichtung aber gerade beim Ingenieur kann nur in der schaffenden Berufstätigkeit selbst erfolgen; denn erst in dieser kann sich zeigen, ob er neben den wissenschaftlichen Kenntnissen auch die notwendige Verantwortungsfreudigkeit und Schöpferkraft besitzt. Hieraus folgt, daß die Zahl der Hochschulabsolventen den Bedarf in Rücksicht auf das Gesamtwohl des Volkes um einen nicht unerheblichen Prozentsatz überschreiten muß; mag dies auch für die Mittelmäßigen, die nun in untergeordneten Stellungen arbeiten und ihre Berufshoffnungen begraben müssen, ein hartes Los sein. Aber auch hier hat Gemeinnutz vor Eigennutz zu gehen.

Freilich muß bei einer Wiedererhöhung der Zahl der Studenten dafür Sorge getragen werden, daß der Massenbetrieb, der an einigen Hochschulen herrschte und trotz des Rückganges teilweise auch heute noch besteht, beseitigt wird. Bei der Vielfältigkeit und Ausdehnung sowie der großen Zahl von Lehrkräften einer modernen technischen Hochschule kann die Zahl der Studenten ohne Bedenken an den großen Hochschulen Berlin und München etwa 2000, an den anderen etwa 1500 betragen, ohne daß von einem Massenbetrieb gesprochen zu werden braucht; das heißt also, daß die Gesamtzahl der Studenten aller elf deutschen technischen Hochschulen einschließlich Danzigs etwa 17—18000 betragen könnte, eine Zahl, die die der Vorkriegszeit um ein geringes überschreitet und bis auf weiteres zur Deckung des Bedarfs an akademisch gebildeten Ingenieuren auch unter Berücksichtigung der vorher von mir geschilderten Sachlage ausreichen dürfte.

Ich richte auf Grund der eben gemachten Darlegungen an unser Kultusministerium die Bitte, sich dafür einzusetzen,

1. daß bei allerdings hohen Anforderungen in der Reifeprüfung keine Beschränkung des Zugangs von Studenten zu den technischen Hochschulen mehr erfolgt;

2. daß die praktische Arbeitszeit in irgendeiner Weise auf den Arbeitsdienst angerechnet wird;
3. daß die Studentenzahl in Zukunft an den beiden Hochschulen Berlin und München die Ziffer 2000 und an den anderen Hochschulen die Ziffer 1500 nicht überschreiten darf.

Ich wende mich nun zu Ihnen, meine jungen Kameraden, die Sie die Hochschule in diesem Semester zum erstenmal besuchen. Die Ausführungen, die ich soeben über die Bedeutung des Ingenieurs für das deutsche Volk gemacht habe, zeigen Ihnen, welchen verantwortungsvollen Beruf Sie ergreifen wollen. Der Stand der akademisch gebildeten Ingenieure, die wissenschaftlich zu arbeiten verstehen, stellt ein so unentbehrliches Element in der Maschinerie der Nation dar, daß ein Versagen unfehlbar zum Zusammenbruch der Nation führen müßte. Der Führer und das deutsche Volk erwarten deshalb von Ihnen, daß Sie sich während Ihrer Studienzeit einerseits rastlos um die notwendigen wissenschaftlichen Kenntnisse und Erkenntnisse bemühen, daß Sie sich aber andererseits die Disziplin und die Härte gegen sich selbst erwerben, ohne die der Ingenieur seine schöpferische und immer wieder in das Dunkel der Zukunft vorstoßende Tätigkeit nicht erfüllen, ohne die er weder führen noch geführt werden kann. Wir bemühen uns, Ihnen in unseren Vorlesungen und Übungen vor allem die tragende Konstruktion des immer mehr an Breite und Höhe zunehmenden Gebäudes der Technik zu zeigen; dadurch gelingt es uns, die Zahl der Vorlesungsstunden der Prüfungsfächer trotz des immer anwachsenden Stoffes so gering zu halten, daß Sie Zeit haben für Ihre politische, charakterliche und körperliche Ausbildung, für Sport, S.A.-Dienst, für Kameradschafts- und Korporationsleben. Die von dieser Seite erhobenen Anforderungen an Ihre Zeit und Ihre Arbeitskraft scheinen mir heute so weit vermindert und geregelt zu sein, daß sie, freilich nur bei vollem Einsatz der Person, neben dem Erwerb einer einwandfreien wissenschaftlichen Ausbildung erfüllt werden können; doch empfehle ich Ihnen, diese Erfüllung nicht als Freistudent, sondern in einer Korporation oder einer Wohnkameradschaft zu suchen; denn es hat sich immer wieder gezeigt, daß der allergrößte Teil der Freistudenten nicht die feste Bindung zur Hochschule und seinen Studienkameraden

besitzt, die zur Erreichung der uns im Dritten Reich gesteckten hohen Ziele notwendig ist.

Zum Zeichen, daß Sie bereit sind, sich den Gesetzen der Hochschule und denen der Deutschen Studentenschaft zu unterwerfen, bitte ich je einen der neu eingetretenen Kameraden aus den fünf Abteilungen zusammen mit dem Führer der Studentenschaft vorzutreten und mir und dem Führer der Studentenschaft dies durch Handschlag zugleich im Namen Ihrer Kameraden zu geloben.

Wir haben Ihren Handschlag empfangen. Möge es Ihnen gelingen, an unserer Hochschule die Grundlagen für eine erfolgreiche Tätigkeit im Dienst unseres Führers und Volkes zu erwerben. Möge es Ihnen dereinst vergönnt sein, Bausteine für Größe und Freiheit des deutschen Volkes zu liefern.

Schließlich drängt es mich, noch ein Wort an die Ausländer unter den Neuaufgenommenen zu richten. Sie, meine Herren, sind unsere Gäste, unsere willkommenen Gäste, die wir in alter deutscher Gastfreundschaft bei uns aufnehmen und denen wir als Gastgeschenk unsere Wissenschaft mit auf den Weg geben wollen. Ihre Gegengabe wird sein, daß Sie sich bemühen, die neuen großen Gedanken und Bestrebungen, die unser deutsches Volk heute erfüllen, zu verstehen, und daß Sie zu Hause berichten, hier in Deutschland habe sich ein Volk nach langen Kämpfen siegreich zur Wiedergeburt durchgerungen, ein Volk, das nichts erstrebe als Frieden und Wohlfahrt für sich und seine Nachbarn, ein Volk, das in Glück und Unglück hinter seinem Führer steht und stehen wird.

Heil Hitler!

Festrede

des o. Professors der Wasserwirtschaft und Bodenkultur
Dr. Ing. Heinrich Wittmann

Zukunftsaufgaben der deutschen Wasserwirtschaft

Mit dem Wasser in unserer Natur hauszuhalten, ist eine Aufgabe, die sich durch zwei besondere Bedingungen von der Bewirtschaftung eines sonstigen Gutes unterscheidet.

Einmal ist das Wasser nur in einer bestimmten, im Verlaufe langer Zeiträume sich gleichbleibenden Menge vorhanden, einer Menge, die wir nicht vermehren oder vermindern können. Zum anderen wird uns das Wasser wohl in einem gewissen periodischen Ablauf dargeboten. Seine Unregelmäßigkeit kann aber übermäßige Trockenheit und langdauernde Nässe, versiegende Quellen und plötzliches Hochwasser hervorrufen. Diesem dargebotenen Wasserhaushalt der Natur steht der Bedarf des Menschen gegenüber.

Der Mensch hat sich in seiner Naturgebundenheit Lebensraum und Kultur dort aufgebaut, wo er das Wasser fand. Es trat ihm als Freund zur Seite oder als Feind gegenüber. Er schützt sich gegen das Zuviel und das Zuwenig an Wasser durch seinen Kampf gegen die extremen Erscheinungen des Hoch- und Niederwassers, er nützt seinen Freund in der vielfältigsten Art.

Alle diese Arbeiten des Wasserschutzes und der Wassernutzung haben, von wenigen Ausnahmen abgesehen, das eine gemeinsam: sie sind ihrer Natur nach Meliorationsmaßnahmen der menschlichen Gesellschaft. Alle suchen die Lebensbedingungen zu erleichtern, zu verbessern oder überhaupt erst zu ermöglichen. Es sind also Arbeiten, die nicht so sehr dem Interessenbereich und Aufgabenkreis des Einzelmenschen, als vielmehr dem der organisierten Menschengruppen des Staates oder seiner Glieder angehören.

Planmäßige und weiträumige Wasserwirtschaft mit dem Ziele, den Bedürfnissen seiner Einzelglieder weitgehend gerecht zu werden, kann deshalb nur ein starker und straff geführter Staat treiben. Die alte Bewässerungskultur des Nilgebietes und des vorderasiatischen Zweiströmelandes sind Beispiele für den engen Zusammenhang zwischen wasserwirtschaftlicher Höchstleistung und staatlicher Großorganisation.

Das politisch zerrissene Deutschland konnte an eine großräumige Wasserwirtschaft erst mit dem Aufstehen des preussisch-brandenburgischen Staates denken, in dem Friedrich der Große in einer weitblickenden Siedlungs-, Bevölkerungs- und Verkehrspolitik die Grundlagen zu umfassender Wassernutzung und zu wirksamem Wasserschutz legte. Das 19. Jahrhundert mit seinen unwälzenden politischen Ereignissen, den technischen Fortschritten und der phantastischen Steigerung des Wirtschaftslebens stellt auch die Wasserwirtschaft Deutschlands vor Aufgaben größten Ausmaßes.

Brachte der Beginn des Jahrhunderts die Regelung der großen deutschen Ströme, also noch im überwiegenden Maße Arbeiten des Wasserschutzes, so traten diese Maßnahmen in der zweiten Hälfte zurück gegen die auf Nutzung des Wasserlaufs gerichteten Bestrebungen. Erst war es der Ausbau der Wasserläufe für Verkehrszwecke und, nachdem die Wasserkräfte nicht mehr an die örtliche Verwendbarkeit gebunden waren, die Gewinnung und Umwandlung der Wasserkräfte in elektrische Energie.

Auch die Siedlungswasserwirtschaft, worunter ich die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung verstehen möchte, begann im gleichen Zeitraum durch die Häufung großer Menschenmassen in Verbindung mit gleichgearteten Ansprüchen der industriellen Werke der Wasserwirtschaft neue Aufgaben zu stellen.

Bei allen Wassernutzungen mußten dabei starke Eingriffe in den natürlichen Wasserhaushalt vorgenommen werden, und es entstanden, um die Beständigkeit der Wassernutzung zu sichern, eine Reihe von künstlichen Speichern durch den Bau von Talsperren.

Nach dem Jahr 1900 setzte sich die Entwicklungstendenz des vergangenen Jahrhunderts in verstärktem Maße fort.

Zum großen Teil behielten die wasserwirtschaftlichen Arbeiten bis zum Kriege im Grunde ihren uralten Charakter als Meliorationsaufgaben der Gemeinschaft. Aber es drangen in vielen Fällen Ge-

dankengänge ein, die dem Begriffe privatwirtschaftlicher Rentabilität sehr nahestanden.

Der Ausgleich der Wassernutzung mit anderen Gebieten, insbesondere mit den wasserwirtschaftlichen Notwendigkeiten der Vorflut und der Landwirtschaft, stellte besonders hohe Ansprüche an diejenigen Organe des Staatswesens, die mit der Pflege dieses Zweiges der Verwaltung betraut waren. Auch sie haben im 19. Jahrhundert vielfach einen grundlegenden Wandel durchgemacht, der das alte Gesetz vom engen Zusammenhang zwischen Staatswesen und Wasserwirtschaft bestätigt. Die vereinfachte politische Gliederung des Deutschen Reiches schuf zwar durch die Zusammenfassung der Verwaltungstechnischen Aufgaben in der Hand großer Wasserbauverwaltungen an sich schon die Möglichkeit, eine weiträumigere Wasserwirtschaft einzuleiten und wasserwirtschaftliche Maßnahmen von größerem Zusammenhang durchzuführen. Aber partikulare Einflüsse und vermeintliche Hoheitsrechte erschwerten das Überspringen der Ländergrenzen, und oft nur nach langen Kämpfen konnten sich zwei Länder zur Durchführung eines größeren Unternehmens einigen. Nicht weniger als 17 Wassergesetze suchten die Materie des Wasserschutzes und der Wassernutzung rechtlich zu regeln.

Im Zwischenreich versuchten zwar sogenannte Sozialisierungsgesetze der Wasserkräfte die Entwicklung der Wasserwirtschaft nach der privatkapitalistischen Seite aufzuhalten. In ihrer Auswirkung verwandelten sie sich aber in das absolute Gegenteil. Auch bemühte sich die Weimarer Verfassung im Artikel 97 die Ländergrenzen für die Wasserwirtschaft zu sprengen. Aber die Beschränkung auf die eine Nutzungsart, den Verkehr, schuf die Groteske, daß in einem Strom das schiffbare Mittelwasserbett unter der Verwaltung des Reiches stand, daß aber das Hochwasserbett und die Deiche der Landesverwaltung verblieben waren. Den inneren Zwiespalt dieser Verfassungsbestimmung, die so lange ein Segen sein konnte, als beide Verwaltungen das gleiche wollten, machten sich im Lauf der Jahre die einer starken Reichsgewalt widerstrebenden Länder zunutze, aber nicht etwa um ihrerseits wasserwirtschaftliche Notwendigkeiten zu erfüllen, sondern weil es eine Gelegenheit war, die eigene Sonderpolitik gegenüber der des Reiches zu behaupten und zu stärken.

Aber hier hatte, wenn man das Ganze von höherer Warte aus betrachtet, das Böse sein Gutes: es zeigte sich mit aller wünschens-

werten Deutlichkeit, daß eine Organisation, die nur eine Sonderaufgabe des Flusses zu betreuen hat, niemals seine ganze Wasserwirtschaft mit den verzweigten und vielfältigen Aufgaben durchzuführen vermag. Entweder muß dieser Organisation die Verfügungsgewalt über den ganzen Wasserschutz und alle Wassernutzungen des gesamten deutschen Gewässernetzes gegeben werden, oder sie muß, wenn man wegen ihrer Sondernutzung die vorwiegend landeskulturell bedeutenden Gewässer organisatorisch von jenen mit überwiegend anderen Aufgaben trennen will, auch in diesem Fall die oberste und letzte Verfügung über alles Wasser haben, das im Einzugsgebiet eines Flusses auf und unter der Erdoberfläche sich bewegt oder steht.

Und damit ist eine große Zukunftsaufgabe des Staates auf dem Gebiete der Wasserwirtschaft gegeben: eine Organisation zu schaffen, die die Wasserschätze unseres Vaterlandes als eines der kostbarsten Güter, frei aller politischen und privatwirtschaftlichen Einengungen, einheitlich verwaltet und bewirtschaftet. Die bestehenden Organisationsformen dürfen dabei nicht hindernd im Wege stehen und zu einer Überorganisation und Zersplitterung führen.

Das einheitliche deutsche Wasserrecht, das die 17 bestehenden ablösen wird, ist glücklicherweise im Entstehen begriffen.

Hervorragendes und Weitsehendes hat das deutsche Wasserbauwesen unter der Führung seiner Ingenieure in den letzten Jahrzehnten geschaffen: der Ausbau unserer Flußsysteme, der Bau der Kanäle, die Errichtung von Staubecken größten Ausmaßes, die Entwässerungsarbeiten für die Landesmelioration, die Bauten zur Sicherung unserer Küsten, die großen Wasserkraftanlagen, die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung in den Industriegebieten, der Ausbau unserer Häfen sind die Marksteine.

Es ist deshalb wahrhaft kein unbilliges Verlangen, wenn man für die Schöpfer dieser Werke und Träger der eigentlichen Verantwortung, die Ingenieure, in der künftigen Organisation der deutschen Wasserwirtschaft jenen Platz in der Leitung fordert, der ihrem Werke und seiner überragenden Bedeutung für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes und die Gesundung unseres Volkes entspricht.

Wenn wir die Einzelaufgaben der künftigen deutschen Wasserwirtschaft betrachten, so sehen wir für die Maßnahmen des Wasserschutzes folgendes: das Mittelwasserbett unserer Ströme und Flüsse

ist durchweg geregelt. Gegen Hochwasser ist das Binnenland zum größten Teil durch Deiche geschützt. Immer und immer aber treten durch Hochwasserkatastrophen Verheerungen auf, die Leben und Gut der Anwohner gefährden. Ein Zehntel des in unserem Vaterland noch nutzbar zu machenden Brachlandes leidet unter der unmittelbaren Überflutung durch Hochwasser. Die Tatsache der katastrophalen Hochwasser können wir zwar nicht beseitigen, aber wir können ihren Ablauf vielfach so mildern, daß der Schaden in erträglichen Grenzen bleibt. Als Mittel steht uns die Schaffung von Speicherraum zur Aufnahme der Hochwasserwellen zur Verfügung und weiterhin die Lenkung des Hochwassers in gewollte Bahnen durch eine Hochwasserregelung. Das erste Mittel ist abhängig von der Möglichkeit, den erforderlichen Raum zu schaffen. Hier werden wir vielleicht in Zukunft davon abkommen, Riesenspeicher an einer Stelle zu bauen, und statt ihrer kleinere Rückhaltebecken an vielen Stellen schaffen, für deren Bau wir auf die Dichtigkeit des Untergrundes verzichten und die wir mit den einfachsten Mitteln herstellen. Durch die Undichtigkeit soll eine Anreicherung des Grundwasserbeckens erfolgen, also jenes größten Rückhaltebeckens, aus dem unsere Flüsse in der Trockenheit gespeist werden. Dadurch können wir aber künftighin auch die für die Landwirtschaft und die Schifffahrt gerade in den letzten Jahren so unerträglich gewordenen Niedrigwasserstände aufhohen.

Das zweite Hilfsmittel: die Hochwasserregelung, bedeutet nichts anderes als einen großzügigen und vorausschauenden Siedlungs- und Bauungsplan der Fluszniederung. Schon ein Blick in die Karte zeigt vielerorts die völlige Planlosigkeit, mit der oft aus rein örtlichen Gründen weite Strecken eines Flusses eingedeicht wurden.

Die Aufgabe, keinen Quadratmeter Boden für unsere Siedlung und Ernährung ungenutzt liegenzulassen, erfordert es, in Zukunft dem Hochwasser jede zu seiner Ableitung nicht unbedingt notwendige Fläche zu entziehen und sie der höheren Kultivierung zuzuführen. Freilich wird man auch darin Maß halten müssen, will man nicht nachteilige Erhöhungen der Hochwasserstände hervorrufen und Poldergebieten die notwendige anfeuchtende Überflutung entziehen. Die Strömungsverhältnisse bei Hochwasser sind äußerst verwickelt und heute noch durchaus ungeklärt. Die Erforschung dieser Vorgänge habe ich mir zur besonderen Aufgabe gemacht.

Hand in Hand mit der Hochwasserregelung hat dann die Entwässerung der bisher überschwemmten Gebiete, die zum Teil tief liegen, zu gehen.

Der Schutz vor den verheerenden Auswirkungen der Hochwasser durch den Wasserausgleich in Rückhaltebecken hat ohne weiteren Aufwand den für die Fruchtbarkeit einer Fluszniederung vielfach ausschlaggebenden gleichmäßigeren Stand des Grundwassers zur Folge. Durch die ständig größere Wassermenge vermehrt er weiterhin die Selbstreinigungskraft des Vorfluters, der imstande ist, größere Abwassermengen zu verarbeiten. Es ist nicht nötig, den heutigen Zustand vieler unserer Flüsse zu schildern. Die Einleitung der Abwässer aus städtischen Kanalisationen und industriellen Betrieben hat sie zum Teil in unerträglicher Weise verschmutzt. Solange das Baden verboten war, störte das die Allgemeinheit nicht besonders. Wenn aber heute der Mensch sich auf die Wohltaten der Sonne und des Wassers besinnt, dann fordert die Volksgesundheit reine und saubere Gewässer. Die Reinhaltung der Flüsse ist eine volkshygienische Angelegenheit von außerordentlicher Bedeutung, sie ist aber auch ein wirtschaftliches Problem, weil alle Reinigungsanlagen, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen, die Gemeinde oder den Betrieb stark belasten. Hier ist eine große Zukunftsaufgabe nicht nur für die deutsche Wasserwirtschaft gegeben. Ich könnte mir denken, daß im Interesse der Volksgesundheit durch eine großzügige Arbeitsbeschaffung die zur Reinhaltung des Gewässers Verpflichteten beim Bau der notwendigen Kläranlagen unterstützt würden.

Die Speicherung des Wassers zum Wasserschutz bietet die weitere Möglichkeit, elektrische Energie durch Ausnutzung der Wasserkraft zu erzeugen. Die Versorgung Deutschlands mit elektrischer Energie liegt heute zum überwiegenden Teil in den Händen großer Konzerne, deren Versorgungsgebiete durch vereinbarte Demarkationslinien abgegrenzt sind. Die Länder hatten sich auch hier als Ersatz für ihre verlorengegangene Eisenbahnhoheit eingeschaltet und die Elektrizitätsversorgung zur Stärkung ihrer Eigenstaatlichkeit benutzt. Wir sind infolgedessen weit von einer zweckmäßigen Ausnutzung und Verteilung des Stromes entfernt. Es könnten sonst die Wassermengen des Mains während des größten Teils des Jahres nicht ungenutzt an sechs ausgebauten Kraftwerken vorbei über die Wehre laufen. Es könnten auch sonst nicht die 100000-Volt-Leitungen zwischen zwei deutschen

Ländern bis dicht an die Grenze reichen, aber zwischen den Ländern eine Lücke lassen. Die Überwindung dieser teilweise politischen Mängel der Elektrowirtschaft und eine etwas intensivere Pionierarbeit auf dem Gebiete der Strompreise wird zum Anwachsen des Stromverbrauchs führen, der neben der Zunahme der Grundlast ein relativ rasches Steigen der Spitzenlast erzeugt. Die Wasserkraft der deutschen Gewässer kann im weitesten Maße diesen Bedarf decken, ohne daß es nötig ist, über die Grenzen nach den Alpen seine Hand auszustrecken.

Dabei muß man es durchaus nicht immer auf Großanlagen absehen, auch kleine und mittlere, von Natur vielleicht weniger bevorzugte Wasserkräfte können bei vorurteils- und konzernfreier wirtschaftlich-technischer Würdigung sehr wohl als ausnutzungsfähig erkannt werden, zumal wenn sie in ihrer naturgemäßen flächenhaften Verteilung sich günstig in das Bedarfsgebiet eingliedern und in sparsamer Form ausgebaut werden. Die Anschauung von der unbedingten Überlegenheit der Großnetzfernversorgung aus wenigen Riesenzentralen ist neuerdings schon für Wärmekraft nicht mehr unbestritten, für Wasserkraft war sie von Anfang an irrig, weil sie von der unzutreffenden Voraussetzung ausging, daß die Einheitskosten von Kleinstwasserkraftanlagen sehr viel höher seien als die von Großwasserkraftanlagen.

Die für die Landwirtschaft und für die gesamten Entwässerungspläne so bitter notwendige billige elektrische Energie werden wir erst bekommen können, wenn es gelingt, die Elektrowirtschaft zu befreien von der Starre der Demarkationslinien und der Macht der Versorgungskonzerne mit ihren vielfältigen Verflechtungen. Dann wird der Wasserwirtschaft in Verbindung mit ihren anderen Aufgaben des Wasserschutzes und der Wassernutzung neben dem Ausbau großer Zentralen, in der Zukunft durch den Bau kleinerer und mittlerer Werke ein neues Betätigungsfeld gewiesen, das aber, weil bei Wasserkraftanlagen die Gefahr der Planung nach rein privatkapitalistischen Gesichtspunkten besonders groß ist, einer starken führenden Hand und einer straffen Zusammenfassung der wasserwirtschaftlichen Interessen der Allgemeinheit bedarf.

Wenn wir die weitere große Nutzung des Wassers, den Schiffsverkehr, betrachten, so müssen wir beachten, daß noch mehr als die Wirtschaft der Verkehr niemals Selbstzweck, sondern immer nur Dienst am Volk sein soll. Dieser Aufgabe haben sich die drei Verkehrs-

mittel: Eisenbahn, Kraftwagen und Binnenschifffahrt, im Zusammenwirken zu unterwerfen; dabei fällt der Binnenschifffahrt als dem Verkehrsmittel mit der geringsten Flächenwirkung die Verfrachtung der Massengüter und Massenstückgüter zu. Wir haben in unseren deutschen Strömen eine Verkehrskraft, wie sie wenigen Ländern in Europa zur Verfügung steht. Die vorwiegende Richtung von Süd nach Nord weist ihrem Verkehr den Weg von und nach den deutschen Seehäfen. Es ist die Zukunftsaufgabe der deutschen Wasserstraßenpolitik, die Ströme der norddeutschen Tiefebene, die Oder, die Elbe, die Weser, und wenn ich in diesem Zusammenhang den Dortmund-Ems-Kanal noch nennen darf, zu der höchsten Leistungsfähigkeit auszubauen, um die Güter den deutschen Häfen zuzuleiten. Der Rhein, der 50 % der gesamten deutschen Binnenschifffahrt trägt, hat als deutscher Strom seine Sonderaufgabe als völkerverbindende Wasserstraße und er wird, auch wenn die Wasserstraßenpolitik nach deutschen Seehäfen gerichtet ist, seine heutige Bedeutung für den deutschen Wasserstraßenverkehr niemals verlieren.

Einigen der neueren Wasserstraßen wie der Rhein-Main-Donau-Verbindung, der Neckarkanalisation, dem Mittellandkanal, haften immer noch etwas die Erinnerungen an die partikularen Eigenwilligkeiten der früheren Länder an. Ihr Ausbau war ja auch der Kaufpreis für die Abgabe der Verfügungsgewalt an das Reich.

Aber wenn wir beachten, daß eine Wasserstraße nicht wie die Eisenbahn nur eine Verkehrsfunktion erfüllt, sondern zwangsläufig viele andere Fragen der Landeskultur mitlöst, erscheinen auch diese Wasserstraßenbauten wie alle anderen in einem neuen Lichte. Freilich, begründet wurde ihr Ausbau bisher immer nur mit dem Rechenstift, der eine Frachtermäßigung, koste es, was es wolle, und womöglich eine privatwirtschaftliche Rente herausrechnen mußte. Man vergaß, welche überragende Bedeutung eine Wasserstraße für ihre Landschaft, für die Landesplanung und die Siedlung hat. Für die im Rahmen des deutschen Siedlungswerkes aus staats- und wirtschaftspolitischen Gründen geplante Industrieumlagerung bildet ein gut ausgebautes Wasserstraßennetz geradezu die Voraussetzung und das Rückgrat für eine großräumige und weitschauende Siedlungspolitik. Die Wasserstraße hat vermöge der niedrigen Frachten ihre Anziehungskraft für die industriellen Werke keineswegs eingebüßt.

Wir dürfen weiter nicht vergessen, daß erst das Vorhandensein von Wasserstraßen die Kultivierung weiter brachliegender Ländereien möglich macht. So bringt der jetzt begonnene Erweiterungsbau des Dortmund-Ems-Kanals dem Emsland, und der Mittellandkanal dem großen Odlandgebiet des Drömlings bei Hannover die notwendige Vorflut für ihre Entwässerung. Und die Ausnutzung der Wasserkräfte am Main und Neckar wurde erst mit der Durchführung der Wasserstraßen möglich.

Es sind somit viele Aufgaben des Verkehrs, der Energiegewinnung, der Landeskultur und der Siedlung mit dem Ausbau einer Wasserstraße zu lösen. Darüber hinaus kann eine Wasserstraße, wie der in Angriff genommene Adolf-Hitler-Kanal in Oberschlesien, eine politische Bedeutung erhalten, indem sie eine Grenzmark und ihr Wirtschaftsleben wie eine Klammer, fester, als dies eine Eisenbahnverbindung vermag, an das Mutterland bindet. So wäre es auch denkbar, das Saargebiet mit seiner vorgeschobenen Front des deutschen Wirtschaftslebens, wenn alle übrigen Bedingungen hierfür in tragbarem Umfang gegeben sind, durch einen Schiffahrtskanal eng an den deutschen Wirtschaftsraum zu fetten. Alle diese Zukunftsaufgaben finden aber auch nur dann ihre volle Erfüllung, wenn eine feste Organisation der Wasserwirtschaft und des Staates dafür Sorge trägt, daß keine Nutzung des Gewässers durch eine andere unerträglichen Schaden erleidet.

Zur Energiegewinnung und für den Verkehr ist das Wasser nicht unbedingt notwendig: die Wasserkraft könnte im äußersten Notfall ersetzt werden durch Wärmekraft, die Wasserstraße durch die Eisenbahn. Nicht ersetzt werden kann das Wasser aber in der Siedlungswasserwirtschaft bei der Trinkwasserversorgung und in der Bodenkultur bei der Bewässerung des Kulturlandes. Weil wir aber auf die Darbietung des Wassers durch die Natur keinen Einfluß haben, müssen der Versorgung der Bevölkerung mit gutem Trinkwasser alle anderen Nutzungen untergeordnet werden. Und bei der Streitfrage, ob das Wasser etwa für die Gewinnung elektrischer Energie oder für Bewässerungszwecke genutzt werden soll, wird weit mehr als bisher die notwendige Verbesserung und Pflege unseres Bodens durch Bewässerung in den Vordergrund gestellt werden müssen.

Alle diese Aufgaben des Wasserschutzes und jeglicher Art der Wassernutzung mit ihren möglichen Lösungen sind gleich einschneidend

für die industrielle, für die städtische und die ländliche Siedlung. Das deutsche Siedlungswerk ist deshalb neben seiner rasse-, bevölkerungs-, staats- und wirtschaftspolitischen auch eine wasserwirtschaftliche Aufgabe von größter Bedeutung.

Wenden wir uns nach dieser Aufzeichnung der allgemeinen Probleme einer deutschen Wasserwirtschaft den Aufgaben zu, die die Landschaft unseres Südwestgaues an eine planvolle Wasserwirtschaft stellt. Sie sind beherrscht durch die Fragen, die die Vorfluter unserer Landschaft, den Rhein und seine rechtsseitigen Nebenflüsse in der Rheinniederung, angehen. Die Tat und das geistige Kämpfertum eines Tulla schuf aus dem verwilderten Gerinne des Rheines, von dessen Unheil wir Nachfahren uns nur schwer mehr einen Begriff machen können, den geregelten Lauf. Die früher alljährlicher Überschwemmung und einer langsamen Versumpfung ausgesetzte Rheinebene wurde zu einem blühenden Garten und die Siedlungen sind durch die Folgeeinrichtungen des großen Korrektionswerkes von ihren beständigen Bedrohungen durch die unmittelbaren Hochwasser befreit. Nicht alles, was Tulla erhoffte, ist eingetroffen, und manche Folgen waren unerwünscht und sind uns Enkeln zur Bereinigung überlassen geblieben.

Als das Versailler Diktat uns nicht nur das linke Rheinufer, sondern auch die Verfügung über das Wasser des Rheines genommen hatte, begann ein leidenschaftlicher Kampf gegen diese Bestimmungen des Diktates. Nur wer aus eigener Anschauung die Auseinandersetzungen um den Oberrhein aus den Jahren nach dem Kriege kennt, kann ermessen, was an dieser Abwehrfront mit den Waffen der Technik erfochten wurde. Es war ein Glück, daß auf deutscher Seite Männer eingesetzt waren, die, im vierjährigen Fronterleben gestählt, auch diesen Kampf bestanden, und diesen deutschen Wasserbauingenieuren ist es zu danken, daß die Gefahr einer Ableitung des Rheines auf französisches Hoheitsgebiet gebannt, und daß das Unheil, das mit der Entziehung des Wassers der oberrheinischen Niederung gedroht hatte, abgewehrt ist.

Die Aufgabe, die Schifffahrt über Kehl hinaus dem Hochrhein zuzuführen, wird gemeinsam mit der Schweiz durch die Regelung des Niedrigwassers bis Basel durchgeführt. Aber nicht allein der Schifffahrt dient diese Verbesserung. Sie soll auch die starke Tiefertbettung der Flußsohle und den Geschiebehaushalt des Oberrheines mit seiner

Einwirkung auf die Grundwasserverhältnisse der Rheinebene auf lange Sicht regeln, eine Zukunftsaufgabe, die sich nicht nur auf die Rheinstraße zwischen Kehl und Istein erstreckt, sondern den ganzen Oberrhein bis Mainz als eine hydrologische Flusseinheit umfaßt, und die auf Jahrzehnte hinaus das Bild unseres großen Vorfluters bestimmen wird.

Bei der Stromgestaltung des Hochrheins hängt die Weiterführung der Schifffahrt nach dem Bodensee eng zusammen mit dem Ausbau der wertvollen Wasserkräfte. Es ist im freundschaftlichen Zusammenarbeiten mit der Schweiz gelungen, einen Teil der Wasserkräfte oberhalb Basels auszubauen, und es ist zu hoffen, daß nach Überwindung der Krisen in den Volkswirtschaften der Bedarf an elektrischer Energie zunimmt und die in gemeinsamer Planung wohlvorbereiteten Staufstufen gebaut werden können. Dann ist es nur ein kleiner Schritt bis zur Durchführung der Schifffahrtstraße an den Bodensee. Es klingt zunächst verwegen, überhaupt von einer Schifffahrt nach dem Schwäbischen Meer zu sprechen, aber die zu erwartende Frachtmenge, der frachtgünstige Rohstoffbezug durch die Wasserstraße und die am Hochrhein anfallende billige elektrische Energie sind einzigartige Vorbedingungen zu einer großzügigen Um- und Ansiedlung der Industrie.

Wie kaum ein zweites Problem zeigt die wasserwirtschaftliche Aufgabe der Bodenseeregulierung den engen Zusammenhang der verschiedensten Nutzungen eines Stromes. Die Kraftwerke des Hochrheins, die Landeskultur des Ober- und Mittelrheins und die Schifffahrt bis zum Niederrhein werden zum Teil günstig und zum Teil ungünstig durch die Bodenseeregulierung beeinflusst. Die Zukunft muß hier den richtigen Ausgleich der Interessen finden, der durch die Beteiligung dreier Uferstaaten nicht gerade erleichtert wird.

Über diesen Einzelaufgaben steht beherrschend die Verpflichtung, das große Meliorationswerk Lullas fortzusetzen und den Teilen unserer Rheinniederung, die heute noch unter Hochwassergefahren, besonders der Nebenflüsse, und unter der Mäße durch das Grundwasser leiden, künftig den Segen eines planvollen Hochwasserschutzes und einer umfassenden Entwässerung zu bringen. Hier läßt sich durch eine geregelte Wasserwirtschaft und durch Bodenverbesserungen Neuland gewinnen, das, wenn es nicht zu neuen Siedlungen ausreicht, doch die Anbaufläche der vorhandenen Siedlungen vergrößert, das dadurch

den Kleinbauernstand erstarren, ihn unabhängig und krisenfester werden läßt. Aber diese Maßnahmen bedürfen ständiger Wartung und Unterhaltung, soll ihre Wirkung sich nicht ins Gegenteil verwandeln. Um nicht der Sünde der Vergangenheit zu verfallen, die oft aus widerstrebenden Einzelinteressen die kostspieligen Ent- und Bewässerungsanlagen verfallen ließ, wird es künftighin mehr als bisher eine wasserwirtschaftliche Staatsaufgabe, und ich könnte mir denken eine Daueraufgabe des Arbeitsdienstes sein, die für den Ertrag des Bodens so wichtigen Einrichtungen zu unterhalten und Schritt für Schritt noch weiter auszubauen. Sind die Wasserstraßen das Gerippe einer großräumigen Siedlung, so sind die Bodenverbesserungen durch Ent- und Bewässerungen die auf kleinem Raum zu großem Nutzen bestimmten Komponenten des Siedlungswerkes unseres deutschen Volkes.

Planvolle Wasserwirtschaft treiben ist Aufgabe des Staates. Aber nur ein starkes, über allen Einzelinteressen stehendes, festgefügtes Staatswesen vermag die auf weite Zeiträume vorausschauenden und die innere Gestalt eines Volkes so stark beeinflussenden wasserwirtschaftlichen Maßnahmen zu planen und Wirklichkeit werden zu lassen.

Der Technischen Hochschule erwächst aus diesen Feststellungen die Verpflichtung, sich hineinzustellen in den Geist und die Ziele dieser großen und volkswirtschaftlich bedeutenden Aufgaben. Ihre Forschung muß im gegenwärtigen Augenblick in erster Linie darauf gerichtet sein, die Lebensbedingungen des deutschen Volkes zu erleichtern, ihre Lehre soll den jungen Studierenden schon frühzeitig die Probleme aufzeigen, die er später als technischer Führer meistern soll.

Wie vor wenigen Wochen unmittelbar in unserer Nähe das große Meliorationswerk der Pfalz-Regelung begonnen worden ist, so sind seit dem Frühjahr des Jahres 1933 in allen deutschen Gauen wasserwirtschaftliche Arbeiten größten Ausmaßes angefangen worden. Die Landgewinnungsarbeiten an der Küste, die Regelungsarbeiten an den Flüssen, die Entwässerungs- und Bodenverbesserungsarbeiten im Od- und Brachland, der beschleunigte Ausbau der Wasserstraßen, sie alle zeugen von dem starken und einheitlichen Willen, weit vorausschauend dem deutschen Volk bessere Lebensmöglichkeiten in seinem engen Lebensraum zu schaffen.

Den starken Staat, der diesem Willen Form zu geben vermochte, schuf uns unser Führer Adolf Hitler und seine nationalsozialistische Bewegung. Er gab uns den Glauben an unser Vaterland und an die innere Kraft unseres Volkes wieder, die auch unseren deutschen Brüdern an der Saar den sicheren Weg weist. Er zeigt uns das gemeinsame Ziel: Alles zu tun für Deutschland, und nur für Deutschland.

Danken wir es ihm jetzt und immer, geloben wir, als Angehörige der Fridericiana mit allen unseren Kräften stets seine treuen Helfer und einsatzbereiten Kämpfer zu sein, jeder an dem Platze, auf den ihn das Geschick gestellt hat.

Unser deutsches Vaterland, unser Führer und Volkskanzler Adolf Hitler

Sieg Heil!